

# Heimat • Zukunft • Stadt

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages  
vom 30. Mai bis 1. Juni 2017 in Nürnberg

## Forenpapiere



## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Forum A:</b>	<b>Soziales Leben in der Stadt: Wie ändert sich unser Zusammenleben?</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Forum B:</b>	<b>Mobiles Leben in der Stadt: nachhaltig, klimaschonend, flexibel</b>	<b>Seite 8</b>
<b>Forum C:</b>	<b>Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel</b>	<b>Seite 12</b>
<b>Forum D:</b>	<b>Kulturelles Leben in der Stadt: vielfältig, weltoffen, identitätsstiftend</b>	<b>Seite 18</b>
<b>Forum E:</b>	<b>Heimat • Zukunft • Stadt – auch eine Frage des Geldes!</b>	<b>Seite 24</b>
<b>Interfraktionelle Frauensitzung</b>	<b>Gender Mainstreaming und Diversity im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik</b>	<b>Seite 28</b>

**Forum A:**

**Soziales Leben in der Stadt:  
Wie ändert sich unser Zusammenleben?**

**Mittwoch, 31. Mai 2017**

**14:30 bis 15:30 Uhr**

**Veranstaltungsort:**

**Nürnberg Messe** (NCC Ost),  
Messezentrum 1,  
90471 Nürnberg  
Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

**Gesprächsrunde:**

**Dr. Dieter Salomon**  
Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau  
und Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen  
Städtetages

**Eva-Maria Welskop-Deffaa**  
Designierter Vorstand  
Sozial- und Fachpolitik  
Deutscher Caritasverband

**Moderatorin:**

**Corinna Mielke**  
Bayerischer Rundfunk

**Hauptgeschäftsstelle:**

**Stefan Hahn**  
Beigeordneter des Deutschen Städtetages im Dezernat  
Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales

**Dr. Helmut Fogt**  
Beigeordneter des Deutschen Städtetages im Dezernat  
Recht und Verwaltung

**Regina Offer**  
Hauptreferentin des Deutschen Städtetages im Dezernat  
Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales

## Soziales Leben in der Stadt: Wie ändert sich unser Zusammenleben?

---

Gesellschaftliche Veränderungen, wie z. B. die demografische Entwicklung, die Zunahme kultureller Vielfalt und die Individualisierung prägen das soziale Miteinander in den Städten ebenso wie ökonomische und technische Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung. Die Zukunftsfähigkeit und langfristige Finanzierbarkeit unserer sozialen Sicherungssysteme

beschäftigt die Menschen. Sie stellen sich aber auch die Frage, wie ein friedliches und den unterschiedlichen Interessen gerecht werdendes Zusammenleben in der lokalen Gemeinschaft gelingen wird. Das Forum wird sich mit wichtigen Zukunftstrends und möglichen Konsequenzen für das Zusammenleben vor Ort beschäftigen.



**Dr. Dieter Salomon**  
Oberbürgermeister der Stadt  
Freiburg im Breisgau,  
Stellvertreter der Präsidentin  
des Deutschen Städtetages

„Es ist eine zentrale Aufgabe der Städte, das soziale Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu gestalten durch eine Infrastruktur, die den Ansprüchen aller Generationen und Interessengruppen gerecht wird. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stellt eine besonders wichtige Aufgabe der Sozial- und Bildungspolitik dar. Die Kommunen brauchen dafür aber die Unterstützung von Bund und Ländern und eine auskömmliche Finanzausstattung.“

„Zusammen sind wir Heimat“ ist das Kampagnenthema des Caritasverbandes 2017. Es geht uns darum, wo und wie wir zusammen arbeiten und lachen, gemeinsam Sport treiben und in Freundschaft miteinander verbunden sind – unabhängig von Alter und Herkunft, unabhängig von Einkommen und Geschlecht. Dafür setzt sich die Caritas ein: für eine offene Gesellschaft, in der wir Teilhabechancen für alle gestalten. Unser besonderes Augenmerk gilt den dynamischen Veränderungen, die mit der Digitalisierung verbunden sind. Wir wollen darauf achten, dass keine neuen Barrieren entstehen.“



**Eva-Maria Welskop-Deffaa**  
Designierter Vorstand Sozial-  
und Fachpolitik  
Deutscher Caritasverband

## Forenpapier für Forum A

---

Die Zukunftsfähigkeit und langfristige Finanzierbarkeit unserer sozialen Sicherungssysteme beschäftigt die Menschen. Sie stellen sich aber auch die Frage, wie ein friedliches und den unterschiedlichen Interessen gerecht werdendes Zusammenleben in der lokalen Gemeinschaft gelingen wird.

Der demografische Wandel gehört zu den früh prognostizierten Veränderungen der gegenwärtigen Gesellschaft in vielen Industrienationen, ganz besonders aber auch in Deutschland. Im Jahr 2002 hat die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ eine umfassende Analyse der demografischen Veränderungen und ihrer Folgen für das Gefüge des Sozialstaates vorgelegt. Vier miteinander verknüpfte Zukunftstrends müssen auf ihre grundsätzliche Bedeutung für die Sozialsysteme in Deutschland analysiert werden:

- Die Geburtenrate wird voraussichtlich auf einem niedrigen Niveau verharren. Gleichzeitig nimmt die Lebenserwartung der Menschen durch Fortschritte in der medizinischen Diagnostik, bei den Therapiemöglichkeiten und durch die weit entwickelte Gesundheitsvorsorge zu.
- Eine zahlenmäßig kleinere Bevölkerung wird zu einer abnehmenden Bevölkerungsdichte mit stark ausgeprägten regionalen Unterschieden führen.
- Die Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung sind voraussichtlich sehr stark. Auch eine kontinuierliche Zuwanderung kann diese nicht ausgleichen, sondern bestenfalls abmildern.
- Immer weniger junge Menschen stehen immer mehr älteren Menschen gegenüber, das Durchschnittsalter der erwerbsfähigen Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung nimmt deutlich zu.

### Die Alterung der Gesellschaft als Herausforderung für den Sozialstaat

---

Die Alterung der Gesellschaft wirkt sich einschneidend auf verschiedene Bereiche des Sozialstaates aus. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Erwerbspersonen, die vergleichsweise hohe Beiträge und Steuern entrichten, auf der einen und Rentnern und Pensionären auf der anderen Seite verändert sich deutlich. Die unterschiedliche Belastung und Inanspruchnahme sozialpolitischer Leistungen kann zu politischen Konflikten zwischen Jungen und Alten sowie zwischen familialen und

nicht-familialen Lebensformen führen. Die Sozialpolitik muss Antworten geben auf Fragen der Generationengerechtigkeit und der Anerkennung von Erziehungsleistungen in Familien.

Der demografische Wandel erhöht auch den Kostendruck auf das Gesundheitssystem durch die erhöhte Lebenserwartung und neue und teurere Therapiemöglichkeiten der Erkrankungen. Es sind auch Auswirkungen auf die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung zu erwarten, da ältere Menschen durchschnittlich mehr Leistungen beanspruchen, gleichzeitig aber nur geringere Beiträge zur Krankenversicherung zahlen. Die Bedeutung der sozialen Dienste in der Kranken- und Altenpflege und der Kostendruck auf das System der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung werden wegen der Zunahme von chronischen Erkrankungen, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit stark wachsen.

### Veränderungen des Arbeitsmarktes und Auswirkungen für den Sozialstaat

---

Für den Arbeitsmarkt hat das geringer werdende Potenzial von Erwerbstätigen zum Teil gegenläufige Folgen. Einerseits werden die Belastungen für die Erwerbstätigen durch erhöhte Sozialversicherungsbeiträge verstärkt, andererseits wird die Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem im Gesundheits- und Sozialsektor steigen und damit die Arbeitslosigkeit – und auch die damit verbundenen Kosten für den Sozialstaat – erheblich sinken.

Allerdings müssen bei den Prognosen für den Arbeitsmarkt auch die Folgen der Digitalisierung berücksichtigt werden, die zu einer erheblichen Veränderung der Arbeitswelt und beim Arbeitskräftebedarf führen wird. Die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung werden erheblich steigen. Die individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt hängen damit sehr von der Bildungsbiografie, aber auch von der Mobilität und Konzessionsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Darüber hinaus ist auch mit einem weiteren Anstieg der Frauenerwerbsquote zu rechnen.

In der Summe werden sich die unterschiedlichen Effekte nicht vollständig gegenseitig aufheben. Es ist eher damit zu rechnen, dass es trotz steigender Arbeitskräftenachfrage auch zukünftig eine verfestigte strukturelle (Langzeit-)Arbeitslosigkeit geben wird. Besonders betroffen werden Niedrigqualifizierte, gesundheitlich belastete und wenig flexible Arbeitssuchende und Menschen mit Migrationshintergrund sein.

## Soziokulturelle Veränderungen und ihre Auswirkungen auf die Sozialsysteme

---

Die soziokulturellen Herausforderungen beruhen vor allem auf der drastischen Veränderung der Familienstrukturen und kleinräumigen Gemeinschaften, die sich mit Pluralisierung und Individualisierung kennzeichnen lässt. Der Anteil der Alleinerziehenden und der Stieffamilien steigt beständig. Auch der Anteil der Single-Haushalte wird durch die Alterung der Gesellschaft noch zunehmen. Die Menschen sind immer stärker auf Leistungen und Institutionen des Wohlfahrtsstaates angewiesen, um ihren Alltag zu bewältigen. Gegenseitige Hilfe und Unterstützung in Familie und Nachbarschaft nehmen deutlich ab.

Durch die steigende kulturelle Vielfalt der Gesellschaft und die Individualisierung werden zunehmend ausdifferenzierte Angebote benötigt, die zielgruppenspezifische Bedarfe erfüllen. Hierzu zählen z. B. kultursensible Angebote der Kranken- und Altenpflege, spezifische Unterstützungsangebote für Alleinerziehende und ihre Kinder sowie eine den Betreuungsbedarfen erwerbstätiger Eltern angepasste Kindertagesbetreuung auch in den Randzeiten am frühen Morgen, späten Abend und am Wochenende. Die kommunale Infrastruktur soll sowohl familien- und kindgerecht, als auch seniorengerecht sein und den Anforderungen einer multikulturellen Gesellschaft genügen. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stellt besonders in Großstädten eine Herausforderung dar.

## Konsequenzen der Globalisierung und Digitalisierung für die Sozialsysteme

---

Die Globalisierung ist gekennzeichnet durch das Wachstum des Welthandels, die Internationalisierung der Geldmärkte, die schnellere und dichtere Kommunikation über elektronische Medien, die Intensivierung transnationaler Verkehrsströme und die Vernetzung im Produktions- und Unternehmensbereich. Auch politische Wahrnehmungshorizonte und die Verbreitung von Ideen, Leitbildern und Problemlösungen machen an nationalen Grenzen nicht mehr Halt. Der Sozialstaat ist aber traditionell national geregelt und historisch gewachsen. International agierende Unternehmen können angesichts der Globalisierung der Märkte und der Angleichung der Qualifikation potenzieller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch vor dem Hintergrund der jeweiligen Steuer- und Sozialabgabenlast entscheiden, wo sie produzieren wollen. Damit stehen die Staaten auch hinsichtlich der finanziellen Tragfähigkeit ihrer jeweiligen Sozialleistungen im internationalen Wettbewerb. Zudem hat der ausdifferenzierte deutsche Sozialstaat eine hohe Anziehungskraft für Zuwanderer

aus wirtschaftlich schwachen Regionen. Neben der vermehrten Zuwanderung aus osteuropäischen Staaten ist zu beobachten, dass zum Teil auch Asylsuchende aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen.

## Thesen und Fragestellungen für das Forum

---

- Durch die demographische Entwicklung verändert sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Erwerbspersonen auf der einen und Rentnern und Pensionären auf der anderen Seite deutlich. Der Kostendruck für das Gesundheits- und Pflegesystem wird in Deutschland stark wachsen. Die unterschiedliche Belastung und Inanspruchnahme sozialpolitischer Leistungen können zu politischen Konflikten zwischen Jungen und Alten sowie zwischen familialen und nicht-familialen Lebensformen führen. Die Städte müssen Entscheidungen treffen hinsichtlich des Ausbaus einer Infrastruktur, die sowohl den Interessen der Erwerbstätigen und ihrer Familien als auch den Interessen der Senioren gerecht wird. Wie kann sichergestellt werden, dass der Ressourceneinsatz die vielfältigen und unterschiedlichen Bedarfe befriedigt?
- Die demografische Entwicklung, die Digitalisierung der Arbeitswelt und die steigende Frauenerwerbsquote haben unterschiedliche und zum Teil gegenläufige Effekte für den Arbeitsmarkt und die finanzielle Tragfähigkeit des Sozialstaats. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf eine ihren Bedürfnissen angepasste kommunale Infrastruktur und bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung angewiesen. Nicht nur die Erstausbildung, sondern auch die laufende Fort- und Weiterbildung werden entscheidend sein für die individuellen Chancen am Arbeitsmarkt. Wie kann der Qualitätsausbau in Kindertagesbetreuung und an Schulen gelingen? Wie können Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung ausgebaut werden?
- Die soziokulturellen Veränderungen in den Städten sind geprägt durch Pluralisierung und Individualisierung. Sowohl die Veränderungen in den Familienstrukturen als auch die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stellt die Städte vor erhebliche Herausforderungen. Ohne entsprechende kommunale und zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote können die Bürgerinnen und Bürger ihre Alltagsprobleme häufig nicht mehr bewältigen. Wie das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und die gesellschaftliche Integration gelingen, hängt vielfach von Angeboten und Strukturen in der jeweiligen Kommune ab. Der konkrete Einsatz der vorhandenen Ressourcen kann angesichts der sehr unterschiedlichen Bedarfe der Bevölkerungsgruppen jedoch Streitig sein.

**Forum B:**

**Mobiles Leben in der Stadt:  
nachhaltig, klimaschonend, flexibel**

**Mittwoch, 31. Mai 2017**

**14:30 bis 15:30 Uhr**

**Veranstaltungsort:**

**Nürnberg Messe** (NCC Ost),  
Messezentrum 1,  
90471 Nürnberg  
Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

**Gesprächsrunde:**

**Dr. Kurt Gribl**  
Oberbürgermeister der Stadt Augsburg und  
Stellvertreter der Präsidentin des  
Deutschen Städtetages

**Prof. Dr. Barbara Lenz**  
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt,  
Institut für Verkehrsforschung

**Dr. Kay Lindemann**  
Geschäftsführer Verband der Automobilindustrie

**Moderatorin:**

**Judith Schulte-Loh**  
Westdeutscher Rundfunk

**Hauptgeschäftsstelle:**

**Hilmar von Lojewski**  
Beigeordneter des Deutschen Städtetages im  
Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Verkehr

**Thomas Kiel**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter des  
Deutschen Städtetages im Dezernat  
Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Verkehr



## Mobiles Leben in der Stadt: nachhaltig, klimaschonend, flexibel

Die verkehrspolitischen Weichenstellungen und die Digitalisierung von Lebenswelten können im Bereich der Mobilität zu tiefgreifenden Änderungen führen. Zwei Szenarien konkurrieren: Ändern Menschen ihr Mobilitätsverhalten weg vom fossil betriebenen Individualverkehr? Wird der ÖPNV zukünftig noch stärkere Bedeutung gewinnen? Oder führt die Digitalisierung

eher zu einer weiteren Individualisierung der Mobilität bis hin zum automatisierten und bestenfalls elektrisch motorisierten Individualverkehr? Das Forum will die Herausforderungen für eine nachhaltige Verkehrspolitik, die Rolle der Digitalisierung in der Mobilität diskutieren und kommunale Positionen hierzu schärfen.



**Dr. Kurt Gribl**  
Oberbürgermeister der Stadt  
Augsburg,  
Stellvertreter der Präsidentin  
des Deutschen Städtetages

Mobilität – für Menschen und Güter – ist für die gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliches Agieren essentiell. Zugleich beeinträchtigen deren Flächenbedarf und Emissionen unsere Lebensqualität. Der öffentliche Nahverkehr als umweltverträgliches Verkehrsmittel wird gerade in den Ballungsräumen unverzichtbar bleiben. E-Mobilität, Carsharing, autonomes Fahren oder das Fahrrad sind keine Gegenspieler des ÖPNV. Die Digitalisierung kann unterschiedliche Verkehrsmittel verknüpfen. Dadurch werden die Verkehrsträger zu flexiblen Transportketten vernetzt. Dies bietet die große Chance, den ÖPNV verstärkt den individuellen Bedürfnissen anzupassen.

„Die Erwartungen an neue Mobilitätskonzepte und ihre positiven Wirkungen auf Umwelt und Straßenraum sind hoch, dabei bildet der öffentliche Verkehr das Mobilitäts- und Nachhaltigkeitsrückgrat für die Städte und ihr Umland und muss gleichzeitig zur Entwicklung von zukunftsorientierten Lösungsansätzen beitragen: bewährte und neuartige Angebote integrieren und die Fragmentierung des Angebots verhindern; Kooperation und Komplementarität zwischen unterschiedlichen Akteuren initiieren; Flotten neu aufstellen, um Umweltbelastungen deutlich zu reduzieren; Veränderungen im Verkehrssystem durch Automatisierung antizipieren, um Gestaltungsspielräume zu erschließen.“



**Prof. Dr. Barbara Lenz**  
Deutsches Zentrum für Luft-  
und Raumfahrt,  
Institut für Verkehrsforschung



**Dr. Kay Lindemann**  
Geschäftsführer Verband der  
Automobilindustrie

„Urbane Mobilität und Logistik lassen sich nur im Zusammenwirken aller Beteiligten gestalten. Nicht das Gegeneinander von Verkehrsträgern, sondern ihre sinnvolle Verknüpfung muss im Mittelpunkt stehen. Als Teil eines solchen Gesamtsystems urbaner Mobilität wird auch das Auto weiter eine wichtige, wenn auch veränderte Rolle spielen. Innovationen etwa im Bereich Vernetzung, Automatisierung und alternativer Antriebe können helfen, Nutzungskonkurrenzen in urbanen Räumen zu entschärfen und neue Lösungsansätze zu generieren. Die Automobilindustrie möchte als Partner bei der Gestaltung der urbanen Mobilität von morgen mitwirken.“

## Forenpapier für Forum B

### Ausgangssituation

Die zurückliegende Legislaturperiode hat eine Reihe von verkehrspolitischen Weichenstellungen erlebt. Der Bundesverkehrswegeplan wurde auf den Weg gebracht, für die Infrastruktur des Bundes wurden Mittel hochgefahren, ein Gesetz zur Einführung der Pkw-Maut verabschiedet und die Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen für Mitte 2018 beschlossen. Der Bund hat zudem die regionalen Schienenpersonenverkehre durch Mittelsteigerungen zwar langfristig gesichert, eröffnet aber keine Perspektiven für eine tatsächlich nachhaltige Verkehrspolitik zugunsten des Umweltverbands von Schienen-/Busverkehr, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr.

Die Gemeindeverkehrsfinanzierung ist bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ins Hintertreffen geraten. Bundesprogramm und Länderfinanzierung ab 2019 sichern finanziell den Status quo des Jahres 1997 in Höhe von insgesamt 1,67 Milliarden Euro. Die Länder werden bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung ab 2020 allein in der Pflicht sein. Diese Verpflichtung wird sie vor die Herausforderung stellen, die erforderlichen Mittel für den Erhalt, die Ertüchtigung und den Umbau von verkehrswichtigen Straßen und ÖPNV-Infrastrukturen bereitzustellen. Damit fällt den Ländern auch eine maßgebliche Aufgabe bei der Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu. Da das Bundesprogramm für große ÖPNV-Projekte auch keine Mittelserhöhung erfährt, werden diese mit einem unveränderten Förderrahmen in Höhe von 333 Millionen Euro Bundesmittel pro Jahr auskommen müssen. Dies wird angesichts der laufenden und in Vorbereitung befindlichen Großprojekte in einer Reihe von Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages zwangsläufig zu Verzögerungen bei der Planung und Durchführung großer Verkehrsbaumaßnahmen führen.

Bezogen auf die motorisierte Individualmobilität sind auch die Gesetzesinitiativen zur Elektromobilität, zum Carsharing und zum automatisierten Fahren zu nennen, die in eine neue Richtung individueller Mobilität weisen. Die Digitalisierung von Lebenswelten hat im Vorschlag des Bundesverkehrsministers für deutschlandweite Mobilitätsplattformen, die überregional Fahrgastinformationen verknüpfen und schließlich die Buchung von E-Tickets ermöglichen sollen, ihren Ausdruck gefunden. Digitalisierung und Bereitstellung von Mobilitätsangeboten über Plattformen bedeutet gleichzeitig, dass zumindest mittelfristig neue Anbieter in den Verkehrsmarkt eintreten werden. Die Effekte, die sich aus der Fragmentierung des Angebots ergeben, sind derzeit noch überschaubar. Deutlich wird allerdings, dass die neuen Dienste den ÖPNV sowohl ergänzen als auch teilweise

ersetzen. Gesucht sind sichtbare Konzepte, wie Städte positive Wirkungen der neuen Mobilitätsoptionen unterstützend begleiten können.

Die Digitalisierung des Verkehrs wird sich in der Vernetzung, multimodalen Angeboten und übergreifender Vermarktung ausdrücken. Vernetztes und automatisiertes Fahren wird in den nächsten Jahren im motorisierten Individualverkehr wie im ÖPNV Einzug halten. Anpassungen werden aber in einem unterfinanzierten kommunalen Verkehrssektor erfolgen müssen. Dieser droht zum Nadelöhr der Entwicklung zu werden, wenn Schlaglöcher und in die Jahre gekommene Busse und Straßenbahnen weiter das Bild bestimmen und so eine nachhaltige Transformation des Verkehrs verhindern.

Der Deutsche Städtetag hat sich vielfach dafür eingesetzt, dass eine auskömmliche Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in den Städten gesichert wird. Neue Mobilität entsteht vor allem in den Städten und den Stadt-Umland-Beziehungen. Hier leisten der Ausbau von Radwegen und Fußgängerbereichen, die Sanierung von Straßen, Brücken und Tunneln genauso wie der Erhalt und Ausbau des ÖPNV, die Ergänzung mit Fahrradverleih- und Carsharing-Systemen, die Umrüstung von Fuhrparks auf E-Mobility, Erdgas oder Wasserstoff, die Erstellung von Mobilitätskonzepten für einen nachhaltigen Stadtverkehr und die bedarfsgerechte Lenkung von Verkehrsströmen in Stadt und Region einen unverzichtbaren Beitrag.

Im Ergebnis muss dennoch konstatiert werden, dass Deutschland noch weit von einer nachhaltigen Verkehrspolitik entfernt ist. Der Verkehr bleibt klima-, umwelt- und wirtschaftspolitisch eine Achillesferse der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die erzielten Effizienzgewinne werden über die Zunahme des Bestands an Kraftfahrzeugen und höhere Verkehrsleistungen aufgezehrt. Insgesamt leistet der Verkehr noch keine wirksamen Beiträge für die klima- und umweltpolitischen Ziele auf kommunaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die durch den Verkehr bedingten Problemlagen in den Städten fast ausschließlich aus der Perspektive des Alltagsverkehrs von Personen betrachtet werden. Dienstliche und geschäftliche Verkehre, vor allem aber Lieferverkehre werden dabei vernachlässigt, obwohl diese im Durchschnitt 30 Prozent der Verkehrsleistung in Städten ausmachen, zu bestimmten Zeitpunkten im Verlauf der Woche sogar bis zu 50 Prozent. Gleichzeitig erfolgt der allergrößte Teil dieser Verkehre mit Dieselfahrzeugen. Städtische Verkehrs- und Mobilitätsentwicklungspläne ebenso wie die öffentliche Diskussion müssen den Wirtschaftsverkehr angemessen berücksichtigen.

## Fragestellungen

Die Weichenstellungen, Finanzierungsmodi, Gesetze und Gesetzesinitiativen zur Verkehrspolitik können für die Mobilität in Stadt und Region zu tiefgreifenden Änderungen führen. Zwei Szenarien konkurrieren:

- Ändern Menschen ihr Mobilitätsverhalten, weg vom fossil betriebenen Individualverkehr? Wird sich das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Region qualitativ und quantitativ steigern sowie vernetzter und effizienter gestalten lassen? Eröffnet die Automatisierung von Lieferverkehren (Drohnen, Roboter) Chancen zur Umwelt- und Verkehrsentslastung? Und wird sich der Anteil des Umweltverbands an den Verkehrsleistungen tiefgreifend ändern und mehr städtische Freiräume anstelle von Verkehrsflächen schaffen?
- Oder aber führt der Mangel an finanziellen Mitteln für den Erhalt, die Ertüchtigung und den Ausbau von ÖPNV-Systemen trotz des hohen Bedarfs an umweltverträglicher Mobilität zu einem „Einfrieren“ des Anteils öffentlicher Verkehre an der Gesamtverkehrsleistung? Und hat die Digitalisierung eher eine weitere Individualisierung der Mobilität zur Folge, hin zum automatisierten und bestenfalls elektrisch motorisierten Individualverkehr, der am Ende mehr und nicht weniger Verkehr verursacht?

Das Forum will die Herausforderungen für eine nachhaltige Verkehrspolitik unter Einbeziehung aller Verkehrsträger und die Rolle der Digitalisierung in der Mobilität diskutieren und kommunale Positionen hierzu schärfen. Entscheidend dafür sind Gestaltungsmöglichkeiten der Städte und der Austausch über notwendige und sinnvolle Maßnahmen.

## Thesen für das Forum

- Eine nachhaltige Verkehrspolitik kann nur im Gegenstromprinzip funktionieren: Zielvorgaben auf globaler und europäischer Ebene müssen ihre Entsprechung in Weichenstellungen politischer und finanzieller Art auf nationaler Ebene finden, die die regionalen und lokalen Akteure in die Lage versetzen, Projekte für einen nachhaltigen Verkehr auszufinanzieren und in überschaubaren Zeiträumen umzusetzen. Lokale, regionale und nationale Projekte müssen transparent und nachvollziehbar miteinander in Beziehung gesetzt und ihrer verkehrlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Wirksamkeit nach priorisiert werden.
- Die Akzeptanz von Projekten der Verkehrsinfrastruktur in der Öffentlichkeit bemisst sich entscheidend nach der Kompensation ihrer Eingriffe und dem

Schutz vor ihren Auswirkungen. Projekte müssen so geplant und finanziert werden, dass diese Akzeptanz durch ein entsprechendes Maß an Kompensations- und Schutzmaßnahmen befördert wird. Hierfür muss ein deutliches Mehr an Verkehrsfinanzierungsmitteln eingesetzt werden.

- Die Finanzierung einer nachhaltigen Verkehrspolitik bedarf auch auf Länder- und kommunaler Ebene eines deutlichen Aufwuchses der verfügbaren Mittel, der Beschleunigung von Planungsverfahren und der Anpassung der Planungs- und Ausführungskapazitäten an den erhöhten Bedarf. Für den Infrastrukturbedarf des autonomen Individualverkehrs müssen zuvorderst Nutzer und private Akteure aufkommen. Es sollte darüber diskutiert werden, wie die Automatisierung des öffentlichen Verkehrs unterstützt werden kann.
- Der verfügbare Raum in Städten ist für alle Verkehrsträger endlich. Für lebenswerte, attraktive Stadträume gilt, die Verkehrsleistung auf möglichst wenig Raum abzuwickeln, den für den Kraftfahrzeugverkehr verfügbaren Raum nicht mehr auszuweiten oder sogar schrittweise zu reduzieren. Hierfür können die Leitsätze des DST-Positionspapiers „Mobilität und öffentlicher Raum“ herangezogen werden.



<http://www.staedtetag.de/fachinformationen/stadtentwicklung/079148/index.html>

- Die Digitalisierung von Lebenswelten wird neue Potenziale für eine optimierte Verkehrsmittelwahl und die Verknüpfung von Verkehrsarten erschließen. Die Digitalisierung darf jedoch nicht ausschließlich dem Individualverkehr zugutekommen, da dieser auch in seiner Zukunft mit ausschließlich alternativen Antriebstechnologien, automatisiertem und vernetztem Verkehr nicht in der Lage sein wird, den quantitativen Mobilitätsanforderungen und den Anforderungen an Energieeffizienz und Umweltqualität zu genügen. Vielmehr muss die digitale Vernetzung im ÖPNV bevorzugt fortschreiten, um die Zugangsschwelle für potenzielle Nutzergruppen zum Umweltverbund deutlich zu verringern. Hierfür sind verbundübergreifende E-Ticketing und E-Tarifsysteme, Sharing-Systeme für Fahrräder und Fahrzeuge bevorzugt mit alternativen Antriebstechnologien und die optimierte Auslastung von Mitfahr-, Taxi- und ÖPNV-Systemen zu befördern. Dies erscheint am besten gewahrt, wenn die Sharing-Systeme als Bestandteil oder Ergänzung des ÖPNV von den Städten gestaltet werden können.

**Forum C:**

**Lebendige Innenstädte:  
Zukunft von Stadt und Handel**

**Mittwoch, 31. Mai 2017**

**14:30 bis 15:30 Uhr**

**Veranstaltungsort:**

**Nürnberg Messe** (NCC Ost),  
Messezentrum 1,  
90471 Nürnberg  
Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

**Gesprächsrunde:**

**Stefan Genth**  
Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland

**Dr. Sabine Hepperle**  
Leiterin der Abteilung für Mittelstandspolitik  
im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

**Bertram Hilgen**  
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

**Moderatorin:**

**Kerstin Dornbach**  
Bayerischer Rundfunk

**Hauptgeschäftsstelle:**

**Detlef Raphael**  
Beigeordneter des Deutschen Städtetages  
im Dezernat Umwelt und Wirtschaft,  
Brand- und Katastrophenschutz

**Barbara Leutner**  
Hauptreferentin des Deutschen Städtetages  
im Dezernat Umwelt und Wirtschaft,  
Brand- und Katastrophenschutz

## Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel

Der strukturelle Wandel im Einzelhandel – insbesondere der rasch zunehmende Online-Handel – wirkt sich zunehmend nachhaltig auf Innenstädte und Stadtteilzentren aus. Die Städte stehen angesichts zunehmender Leerstände und Gefahren für die Nahversorgungsfunktion einerseits sowie Verdrängungstendenzen,

Interessenkonflikten und steigender Miet- und Bodenpreise andererseits vor großen Herausforderungen. Das Forum debattiert die Frage, wie eine erfolgreiche Politik zur Gestaltung attraktiver Städte und eines florierenden Handels in Kooperation gelingen kann.



**Stefan Genth**  
Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland

„Stadt und Handel sind seit jeher in enger Partnerschaft verbunden. Durch die Geschwindigkeit und Tiefe der Veränderungsprozesse infolge der Digitalisierung sowie des demographischen Wandels gilt es, die Zukunft der Innenstädte in noch engerer Abstimmung miteinander zu gestalten. Daher freuen wir uns über gemeinsame Initiativen mit dem Deutschen Städtetag und insbesondere das erstmalig zusammen in Bearbeitung befindliche Positionspapier „Zukunft von Stadt und Handel“. Hierdurch verbessern wir die Kommunikation untereinander und erreichen durch gemeinsame Zielsetzungen einen größeren Widerhall in der politischen Landschaft.“

„Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die Städte ergreifen können, um auch künftig attraktiv für Konsumenten zu sein. Dazu gehören z. B. ein aktives Stadtmarketing, abgestimmte Stadtentwicklungskonzepte und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Diese und andere Empfehlungen wurden in den vergangenen zwei Jahren von Fachleuten aus Unternehmen, Verbänden, Kommunen, Ländern, Bund, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kammern im Rahmen einer „Dialogplattform Einzelhandel“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erarbeitet. Jetzt gilt es, diese Anregungen in die Fläche zu tragen und für die eigene Arbeit vor Ort zu nutzen.“



**Dr. Sabine Hepperle**  
Leiterin der Abteilung für Mittelstandspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie



**Bertram Hilgen**  
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

„Städte sollten angesichts des strukturellen Wandels im Einzelhandel innovative Lösungen mit allen Beteiligten erarbeiten. Priorität haben der Erhalt der Vielfalt in den Städten, die Verhinderung von Leerstand sowie eine gute Versorgung der Bevölkerung in den Innenstädten und Stadtteilen. Dabei sind der stationäre Handel und der Online-Handel künftig nur gemeinsam denkbar und sollten kundenorientiert verknüpft werden. Um attraktive Städte mit erfolgreichem Handel zu sichern, brauchen wir eine konstruktive Kooperation des Handels, der Immobilieneigentümer und der Stadt sowie eine Weiterentwicklung des City- und Stadtmarketings.“

## Forenpapier für Forum C

### Herausforderungen angesichts des strukturellen Wandels im Einzelhandel

Die Digitalisierung sowie der demografische und sozio-ökonomische Wandel verändern die Kundenstrukturen und das Einkaufs-, Freizeit- und Mobilitätsverhalten. Darüber hinaus haben die Entwicklungen in den vergangenen Jahren, wie beispielsweise die Auslagerung von Handelsfunktionen auf die „grüne Wiese“ und insbesondere der zunehmende Online-Handel, ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf den stationären Handel und damit auch auf Innenstädte und Stadtteilzentren.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages auf der Grundlage einer Umfrage unter den Mitgliedsstädten mit der „Zukunft von Stadt und Handel“ befasst und in einem Diskussionspapier die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Aktivitäten der Städte dargestellt und darauf aufbauend Empfehlungen gegeben, wie Stadt, Handel und Immobilieneigentümer die Zukunft von Stadt und Handel sichern können.

Das Diskussionspapier kann auf der Homepage des Deutschen Städtetages heruntergeladen werden.



<http://www.staedtetag.de/publikationen/materialien/078818/index.html>

### Vielfalt in den Städten sichern

Städte sind seit jeher Orte des Handels, des Wohnens, der Arbeit, der Kultur, der Kommunikation und Begegnung. Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Sinne des Leitbilds der Europäischen Stadt gilt es auch zukünftig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hierzu trägt ein lebendiger und zukunftsfähiger stationärer Einzelhandel in den zentralen Versorgungsbereichen maßgeblich bei.

### Unterschiedliche Ausgangslagen in den Städten

In den Städten lassen sich unterschiedliche Ausgangslagen feststellen: nachfragestarke Standorte, nachfragegeschwache Standorte und nachlassende Stadtteil- und Quartierszentren. Die nachfragestarken Zentren sind mit Verdrängungstendenzen, Interessenkonflikten sowie steigenden Miet- und Bodenpreisen konfron-

tiert. In den nachfrageschwachen Zentren nimmt die Vielfalt ab und der Leerstand zu. Die Schließung von Kaufhäusern sowie die Geschäftsaufgabe von alteingesessenen inhabergeführten Einzelhandelsbetrieben beschleunigen diese Entwicklung, die kleinräumig mit zunehmender Dynamik stattfinden und sich nicht nur auf Stadt und Handel, sondern auch auf die Immobilienwirtschaft auswirken. Diese Städte kämpfen mit dem Verlust der Zentren- und Nahversorgungsfunktion sowie Trading-Down-Effekten.

Besonders in den Stadtteil- und Quartierszentren geraten kleine und mittlere Einzelhändler zunehmend unter Druck und die Sicherstellung der Nahversorgung und Nutzungsmischung ist gefährdet. Dieser bereits seit längerem stattfindende strukturelle Wandel wird durch den zunehmenden Online-Handel erheblich verstärkt und wirkt sich zuerst auf die nachfrageschwächeren Standorte aus.

### Initiativen der Städte

Sowohl die Städte als auch der Handel sind aufgefordert, angesichts dieser Entwicklungen Lösungsmöglichkeiten zu finden. Dies erfordert die konsequente Anwendung bestehender Steuerungsinstrumente und die Anpassung der Handelskonzepte sowie Geschäftsmodelle des stationären Handels, um auch zukünftig marktfähig zu bleiben.

Die Städte haben ein erhebliches Interesse daran, dass Innenstädte und Stadtquartiere für Bürgerinnen und Bürger sowie den Handel attraktiv sind und reagieren auf die festgestellten veränderten Nutzungserwartungen und Herausforderungen. So gibt es in der überwiegenden Mehrzahl der Städte Einzelhandels- und Zentrumskonzepte, City-Management/Stadtmarketing, Aktivitäten zur Stärkung der Identifikation oder den Einsatz von Fördermitteln der Städtebauförderung. Viele Städte bieten zur Förderung des Handels darüber hinaus konkrete Maßnahmen an. So fördern zahlreiche Städte die Vernetzung der Händler untereinander und unterstützen vor dem Hintergrund des Wachstums des Online-Handels den lokalen Handel durch Stärkung der digitalen Präsenz (z. B. durch eine Stadt-App).

Die Sicherung einer qualifizierten Nahversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger als Teil der Daseinsvorsorge bedarf insbesondere in Stadtteil- und Quartierszentren besonderer Anstrengungen durch zukunftsweisende Konzepte seitens der Städte, des Handels und der Immobilieneigentümer. In einer Reihe von Städten gibt es auch Initiativen zur Sicherung der Nahversorgung. In einigen Städten fehlen allerdings häufig das Personal und finanzielle Ressourcen, um Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Städte umzusetzen, wie z. B.

die Sicherung und den Ausbau einer zukunftsweisenden Infrastrukturausstattung. Daher sind Bund und Länder gefordert, insbesondere den Ausbau der digitalen Netze und guter Infrastruktur noch stärker zu fördern.

### On- und Offlinehandel miteinander verbinden

Im Hinblick auf den zunehmenden Online-Handel unterstützen die Städte eine einheitliche Präsenz des Handels sowohl Online wie auch Offline im Sinn einer Multi-Channel-Strategie, um für die Kundinnen und Kunden sichtbar zu sein und auch als attraktiver Standort wahrgenommen zu werden. Hierfür gilt es, neue Handelskonzepte und Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Die zunehmende Verknüpfung von Online- und Offline-Handel bedarf aber auch einer Anpassung der hierfür benötigten Begleitinfrastruktur – wie z. B. die zur Verfügungsstellung von WLAN sowie eines Breitbandangebots. Zudem bedarf es der Einführung von neuen Mobilitäts- und Logistik-Konzepten durch Stadt und Handel, um die Attraktivität des Standortes zu erhöhen.

### Beitrag des Handels

Viele Städte erwarten nach den Ergebnissen der Umfrage zudem eine bessere Zusammenarbeit des Handels sowohl mit der Stadt und dem Citymarketing als auch unter den Händlern vor Ort. Die Händlergemeinschaft an einem Standort sollte sich zukünftig gemeinsam als eine „Marke“ verstehen, um das Gesamtangebot des Standortes zu kommunizieren und zu vermarkten. Darüber hinaus wird eine Abstimmung unter den Händlern zum Waren-, Service- und Dienstleistungsangebot angeregt. Dabei geht es nicht nur um eine bessere Kooperation aller beteiligten Akteure, sondern auch ganz wesentlich darum, die Dienstleistungen für die Kundinnen und Kunden im Sinne einer Serviceoffensive zu verbessern.

Damit z. B. der stationäre Handel Instrumente des digitalen Marketings und digitale Angebote vermehrt einsetzt, sollten auf die jeweilige Nutzergruppe ausgerichtete Beratungsangebote initiiert und gemeinsam zwischen Stadt und Handel Maßnahmen verabredet werden. Erweiterungen und Neuansiedlungen von Handelsbetrieben in nicht integrierten Lagen sollten wegen der negativen Effekte für die Stadtentwicklung nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen.

### Verantwortung der Immobilieneigentümer

Auch die Immobilieneigentümer und -entwickler haben durch eine nachhaltige Entwicklung ihrer Immobilien wesentlichen Einfluss auf die künftigen Handelsentwicklungen und müssen dieser Verantwortung gerecht

werden sowie ihren Beitrag zur erfolgreichen Bewältigung des strukturellen Wandels leisten. Eine einseitige Maximierung der Rendite auf Kosten der Allgemeinheit sollte vermieden werden.

### Kooperationen stärken

Handel, Immobilieneigentümer und Stadt sollten ebenso wie die einzelnen Akteursgruppen untereinander ihre Zusammenarbeit verbessern, um gemeinsam den Standort zu stärken. Grundvoraussetzung für eine funktionierende Innenstadt ist eine enge, insbesondere kleinräumige Zusammenarbeit des Handels.

Verantwortungsgemeinschaften von Stadt, Handel und Eigentümern – wie z. B. durch ein kooperatives City- und Stadtmarketing sowie durch BIDs (Business Improvement Districts) oder ISGs (Interessen- und Standortgemeinschaften) – fördern die Stärkung der Innenstädte und den Erhalt einer guten Nahversorgung.

### Gemeinsames Papier von Handelsverband Deutschland und Deutschem Städtetag

Der Handelsverband Deutschland und der Deutsche Städtetag erarbeiten derzeit gemeinsame Positionen und Vorschläge, wie die Attraktivität von Innenstädten und Stadtteilzentren gesteigert sowie Handel in eine erfolgreiche Zukunft geführt werden kann.

### Thesen für das Forum

- **Die Europäische Stadt durch Vermeidung von Leerstand erhalten und Daseinsvorsorge für alle sichern.**

Soziale Vielfalt und Nutzungsmischung im Sinne des Leitbilds der Europäischen Stadt gilt es auch zukünftig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hierzu trägt ein lebendiger und zukunftsfähiger stationärer Einzelhandel maßgeblich bei. Dies beinhaltet auch die Sicherung der Nahversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger als Teil der Daseinsvorsorge. Eine flächendeckende stationäre Nahversorgung bedarf insbesondere in Stadtteil- und Quartierszentren besonderer Anstrengungen durch zukunftsweisende Konzepte und einer eindeutigen Prioritätensetzung durch die Städte, den Handel und die Immobilieneigentümer.

Angesichts des Leerstandes in einigen Städten müssen Städte, Handel wie auch die Immobilienwirtschaft aktiv werden und durch enge Kooperation, neue Geschäftsmodelle und Unterstützungsangebote möglichst effizient und innovativ die Vielfalt in den Städten sicherstellen.

- **Die Digitalisierung sollte als Chance genutzt werden.**

Durch die Verfügbarkeit von neuen Produkten und Serviceleistungen sowie den zunehmenden Online-Handel steigen die Erwartungen der Kundinnen und Kunden an den stationären Einzelhandel. Durch den Ausbau von Multi-Channel-Strategien sowie neuen Handelsformaten und -konzepten kann der stationäre Handel diesen neuen Herausforderungen begegnen. Unter anderem bedarf dies einer Anpassung der hierfür benötigten Begleitinfrastruktur – z. B. die zur Verfügungsstellung von WLAN sowie einer ausreichenden Breitbandversorgung. Zudem ist die Einführung von neuen Mobilitäts- und Logistik-Konzepten durch Stadt und Handel erforderlich, um Kunden- und Lieferströme zu optimieren.

- **Attraktive Innenstädte und Stadtteilzentren und ein erfolgreicher Handel lassen sich nur gemeinsam verwirklichen.**

Nur mit langfristigen Strategien, neuen Instrumenten und im Zusammenspiel aller an der Entwicklung Beteiligten lässt sich die Zukunft von Stadt und Handel sichern. Handel, Immobilieneigentümer und Stadt sollten ebenso wie die einzelnen Akteursgruppen untereinander ihre Zusammenarbeit verbessern, um gemeinsam den Standort zu stärken.

Durch ein kooperatives City- und Stadtmarketing sowie durch BIDs (Business Improvement Districts) oder ISGs (Interessen- und Standortgemeinschaften) können Innenstädte attraktiver und der Handel erfolgreicher sein.





<b>Forum D:</b>	<b>Kulturelles Leben in der Stadt: vielfältig, weltoffen, identitätsstiftend</b>
<b>Mittwoch, 31. Mai 2017</b>	<b>14:30 bis 15:30 Uhr</b>
<b>Veranstaltungsort:</b>	<b>Nürnberg Messe</b> (NCC Ost), Messezentrum 1, 90471 Nürnberg Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.
<b>Gesprächsrunde:</b>	<b>Dr. Hans-Georg Küppers</b> Kulturreferent der Landeshauptstadt München und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages  <b>Eva Leipprand</b> Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller  <b>Dr. Ulrich Maly</b> Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Vizepräsident des Deutschen Städtetages
<b>Moderator:</b>	<b>Peter Grabowski</b> Fachjournalist
<b>Hauptgeschäftsstelle:</b>	<b>Klaus Hebborn</b> Beigeordneter des Deutschen Städtetages im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung  <b>Christina Stausberg</b> Hauptreferentin des Deutschen Städtetages im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

## Kulturelles Leben in der Stadt: vielfältig, weltoffen, identitätsstiftend

Globale Entwicklungen wie Migration, Digitalisierung oder Ökonomisierung verändern das Zusammenleben der Menschen und fordern die Stadtgesellschaft und Stadtpolitik. Es bedarf einer Neuausrichtung der Kulturpolitik der Städte, die dazu beitragen muss, die Weltoffenheit der Städte zu bewahren, mit kultureller

Vielfalt umzugehen, die Stadt aber auch als Heimat zu gestalten. Im Forum sollen Rolle und Aufgaben von Kulturpolitik, verstanden als gestaltendes Element von Stadtpolitik, thematisiert sowie notwendige Veränderungen und Rahmenbedingungen diskutiert werden.



**Dr. Hans-Georg Küppers**  
Kulturreferent der Landeshauptstadt München und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages

„Ohne Kultur existieren Städte nicht als lebendige und urbane Orte. Die besten baulich-technischen Stadtstrukturen wären ohne funktionierendes Kulturleben der sozialen Erosion und als Folge davon gesellschaftlichen Verwerfungen preisgegeben. Kultur ist der Schlüssel dazu, Städte attraktiv, erfindungsreich und langfristig zukunftsfähig zu machen. Daher muss die Kultur integraler Bestandteil von Kommunalpolitik sein, kein separater Baukasten. Kultur kann die Methode sein, um das Neue, das Innovative zum Motor der Entwicklung der Stadt zu machen. Kommunale Kulturverwaltungen mit ihrer Kunst- und Kulturförderung wirken als Impulsgeber und sind zugleich immer Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik.“

„Mit Kultur schaffen wir unsere Welt und verändern sie auch. Deshalb muss bei der Stadtentwicklung die kulturelle Dimension immer mitgedacht werden. Wie wollen wir in Zukunft leben? Für diese Frage bietet Kultur den Kommunikationsraum. Wie finden wir, bei aller Verschiedenheit, zu einem „Wir“ in der Stadt? Wie sieht ein emanzipierter Heimatbegriff aus, der Halt gibt, aber nicht ausgrenzt? Wie gestalten wir unsere Stadtgesellschaft wandlungs- und zukunftsfähig? Für diese Aufgaben braucht Kulturpolitik klare Strategien.“



**Eva Leipprand**  
Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller



**Dr. Ulrich Maly**  
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Vizepräsident des Deutschen Städtetages

„Kultur wird immer mehr zu einem wesentlichen Faktor einer dynamischen Entwicklung der Stadtgesellschaften. Kultur ist das Rückgrat der Urbanität. Eine Stadt ohne Kulturangebote und Infrastruktur ist keine Stadt. Kultur bildet überdies ein Gegengewicht gegen die zunehmende Ökonomisierung öffentlicher Räume. Stadtentwicklung und Kultur gehören daher zusammen. Kulturangebote und kulturelle Infrastruktur tragen wesentlich zum Profil einer Stadt, zur Identitätsbildung und zum interkulturellen Verständnis innerhalb der Stadtgesellschaft bei. In diesem Sinne gilt: Kulturpolitik ist Stadtpolitik.“

### Forenpapier für Forum D

---

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als Kulturnation und Kulturstaat. Dies drückt sich in der Kulturverantwortung der Kommunen, den Verfassungen der Länder und der Kulturförderung des Bundes in seinem Kompetenzbereich aus. Die Kultur in Deutschland wird geprägt von Künstlern, von öffentlichen Kultureinrichtungen und privaten Kulturbetrieben, von privatem und zivilgesellschaftlichem Engagement, von Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie von Vereinen und Verbänden.

Die Städte fördern auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes Kunst und Kultur als integralen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Knapp die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben für die Kultur in Deutschland wird von den Kommunen geleistet. In den Bundesländern übersteigen die kommunalen Kulturausgaben die des jeweiligen Landes zum Teil erheblich.

### Kommunaler Kulturauftrag

---

Der kommunale Kulturauftrag ist in den Ländern (mit Ausnahme des Kulturraumgesetzes in Sachsen) rechtlich den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben zuzuordnen. Kulturpolitisch sieht der Deutsche Städtetag Kulturförderung gleichwohl seit jeher als Pflichtaufgabe, da eine Stadt ohne Kulturangebote und Infrastruktur nicht denkbar ist. Kultur ist deshalb unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung.

Im Gegensatz zum Verständnis des Kulturauftrages in den 1990er Jahren, nach dem die öffentlichen Hände eine „kulturelle Grundversorgung“ zu leisten haben, gehen die Städte spätestens seit Verabschiedung des Leitbildes für die Stadt der Zukunft in der 32. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 15. Mai 2003 davon aus, dass die Bereitstellung von Leistungen für die Allgemeinheit nicht ausschließlich ihre Angelegenheit ist, sondern die Wirtschaft wie auch privates und bürgerschaftliches Engagement bei der Leistungserbringung zu berücksichtigen sind.

Ziel dieses Governance-Ansatzes ist es, die Gesamtheit der politischen Aufgaben auf mehrere gesellschaftliche Akteure zu verteilen und die formulierten Ziele kooperativ zu erreichen.

Deshalb ist Kultur in der Stadt wesentlich mehr als Kultur von der Stadt.

### Kommunale kulturelle Infrastruktur

---

Die größeren Städte verfügen über eine ausdifferenzierte kulturelle Infrastruktur, die wesentlich durch öffentliche Kultureinrichtungen, aber auch durch freie und private Kultur geprägt wird. Die städtischen Kulturangebote strahlen in das Umland aus und sind vielfach prägend für die ganze Region. Sie tragen wesentlich zum Profil einer Stadt, zur Identitätsbildung und zum interkulturellen Verständnis innerhalb der Stadtgesellschaft bei.

Kultur in den Städten ist nicht nur von öffentlichen Kultureinrichtungen, sondern stark von zivilgesellschaftlichem bzw. privatem Engagement geprägt. Auch diese Angebote tragen wesentlich zum städtischen Zusammenleben bei. Die Kulturwirtschaft wird überdies als eigenständiger Kulturfaktor zunehmend anerkannt und als Feld der Kultur- und Wirtschaftspolitik behandelt.

### Kultur und Stadtgesellschaft

---

Unsere Gesellschaft verändert sich. Zuwanderung, Digitalisierung und Ökonomisierung – um nur einige der wichtigsten Bereiche zu nennen – bedingen Transformationsprozesse, die Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie jeden einzelnen vor große Herausforderungen stellen.

Die Stadtgesellschaften sind unmittelbar von diesen Veränderungen betroffen: Die Zuwanderung verstärkt die Heterogenität und die kulturelle Vielfalt, die auch als Chance verstanden werden muss. Die Digitalisierung verändert Kommunikationsformen, die Arbeitswelt und das Zusammenleben der Menschen. Sie ermöglicht Weltoffenheit und Transparenz, birgt aber auch Gefahren. Gleiches gilt für die Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche.

Die Menschen nehmen die globalen Veränderungsprozesse einerseits an, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Andererseits besteht das Bedürfnis nach Identität, sozialer Verankerung in ihrer Stadt bzw. im lokalen Umfeld im Sinne von Heimat. Kommunale Kulturpolitik ist gefordert, Transformationsprozesse aufzugreifen, sie zu begleiten und auch kritisch zu hinterfragen.

Kultureinrichtungen sind wichtige Orte der Begegnung, der Information, der Kommunikation und Partizipation sowie der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen. Künstlerische Produktionen im darstellenden, bildenden und literarischen Bereich sowie

kulturelle Bildung sind unverzichtbarer Bestandteil einer auf die Gesamtpersönlichkeit ausgerichteten Bildung. Kulturpolitik leistet damit einen Beitrag zur Gestaltung der Veränderungen, für gegenseitiges Verständnis und das friedliche Zusammenleben vor Ort, für Integration und Teilhabe sowie Zugehörigkeit. Voraussetzung dafür ist, dass Kulturpolitik als zentraler Teil einer ganzheitlich ausgerichteten Stadtpolitik verstanden und einbezogen wird.

### Diskussion im Forum

Die Diskussion über den Stellenwert und die Bedeutung von Kultur und kultureller Infrastruktur für die Stadtentwicklung ist nicht neu. Vor allem im Kontext von regelmäßig erforderlichen Haushaltskonsolidierungen werden Aufgaben und Ziele öffentlicher Kulturförderung immer wieder hinterfragt. Dies erscheint als legitim, muss der Einsatz öffentlicher Mittel in einem demokratischen Staatswesen immer wieder begründet werden.

Im Zuge dieser Diskussion ist die öffentliche Kulturförderung in unterschiedlichen Begründungszusammenhängen gesehen worden: In den Achtzigerjahren stand beispielsweise die präventive und nachhaltige Wirkung der Kulturförderung unter dem Begriff der sogenannten „Umwegrentabilität“ im Vordergrund. In den Neunzigerjahren begann eine Debatte über die wirtschaftlichen Wirkungen von Kultur- und Kreativwirtschaft, die bis heute andauert.

Seit einigen Jahren stehen die kulturelle Bildung und ihre Bedeutung für Kreativitäts- und Persönlichkeitsbildung sowie soziale Teilhabe im Fokus. Diese Diskussionen haben die Kultur zwar nicht vor Einschnitten und Spardebatten bewahren können. Sie haben gleichwohl ihre Entwicklung und Profilschärfung durchaus befördert und die kulturelle Infrastruktur als Standortfaktor nachdrücklich herausgestellt.

Bei allen Debatten über die Rolle von Kunst und Kultur darf ein zentraler Aspekt nicht aus dem Blick geraten: Voraussetzung für die Entwicklung von Kunst und Kreativität ist die Freiheit von Zweckbestimmung. Stellt man die Kunst ausschließlich unter – auch noch so berechtigt erscheinende – Zielsetzungen und Zweckbestimmungen, entzieht man ihr die Grundlage. Dies bedeutet nicht schrankenlose Selbstverwirklichung von Künstlerinnen und Künstlern ohne Rücksicht auf Personen und Publikum. Zweckfreiheit bedeutet aber Freiraum als Voraussetzung jeder künstlerisch-kreativen Entfaltung. Diese Freiheit zu gewährleisten, ist und bleibt ein zentrales Anliegen kommunaler Kulturförderung.

### Thesen und Fragestellungen für das Forum

Vor diesem Hintergrund werden folgende Thesen formuliert:

- **Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik.**

Kunst und Kultur haben sich seit jeher mit gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen auseinandergesetzt. Die kulturellen Werte einer demokratischen Gesellschaft sind heterogen und offen für Veränderungen. In Deutschland legt allein das Grundgesetz den Rahmen für verbindliche Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens fest. Die Ausdifferenzierung von Lebensstilen, vor allem in den Städten, ist in den letzten Jahren mit wachsendem Tempo vorangeschritten. Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik hat diese Entwicklung nicht nur zu beobachten, sondern aktiv Beiträge zu leisten, um das friedliche Zusammenleben in der Vielfalt unterschiedlicher sozialer, ethnischer und gesellschaftlicher Gruppen zu unterstützen.

Es stellt sich die Frage, wie die gesellschaftspolitische Relevanz von Kunst und Kultur gestärkt werden kann, ohne Kunst- und Zweckfreiheit zu beschneiden. Welchen Beitrag kann Kultur in der aktuellen Situation insbesondere zur kulturellen Integration von Migranten, zum kulturellen Austausch und zur Demokratieförderung leisten?

- **Kulturpolitik ist gestaltende Entwicklung der Stadt.**

Die Entwicklung der Städte ist einem Prozess unterworfen, der einerseits gesteuert wird, andererseits aber von externen Einflüssen erheblich bestimmt ist. Kommunale Kulturpolitik ist dabei ein zentrales Handlungsfeld, indem sie einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Klima in der Stadt leistet. Stadt heißt auch permanenter Wandel, heißt Bewegung und Veränderung. Kunst und Kultur sind dabei mehr als ökonomische Aufwerter sich verändernder urbaner Räume. Die Synergien zwischen Kultur und Stadtentwicklung können entscheidend dafür genutzt werden, den urbanen Lebensraum als pluralen Lebensraum auszuloten, d. h. Austausch, Verständigung und Annäherung zwischen unterschiedlichen, auch sich widersprechenden Lebensweisen und Kulturen zu fördern.

In diesem Kontext stellen sich folgende Fragen:

Wie kann Kulturpolitik im Rahmen einer gesamtstädtischen Strategie zur integrierten Stadtpolitik wirksam verankert werden? Wie kann ressortübergreifende Zusammenarbeit insbesondere von Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung sowie Bildung und Kultur in der Praxis gefördert und weiterentwickelt werden? Wie kann der Verwertung von öffentlichen Flächen und Bauten unter vorwiegend ökonomischen Gesichtspunkten entgegengewirkt werden, um Austausch, Begegnung und Kulturarbeit stärker zu ermöglichen?

- **Kunst und Kultur brauchen verlässliche Rahmenbedingungen – aber welche?**

Die Frage der Kulturfinanzierung ist ein Dauerthema. Kürzungen in der öffentlichen Förderung, sanierungsbedürftige Infrastruktur und Modernisierungstau, finanzielle Situation von Künstlerinnen

und Künstlern oder die Unterfinanzierung der freien Kultur sind Stichworte in diesem Zusammenhang. Ein Grund für die Finanzierungsprobleme sind weitgehend fehlende rechtliche Grundlagen, mit denen Angebot und Finanzierung der Kultur geregelt werden.

Ein weiterer Grund ist die zunehmende Ökonomisierung aller Bereiche, die Kultur vielfach auf den monetären Mehrwert ausrichtet und immaterielle Werte vernachlässigt.

Zur Diskussion steht die Frage, inwieweit Kultur noch als öffentliches Gut zu betrachten ist und kulturelle Angebote für alle bereitzustellen sind oder sich stärker als bisher den ökonomischen Regeln der nationalen und internationalen Märkte überlassen bleiben sollte. Soll die Kultur rechtlich geregelt werden, z. B. als kommunale Pflichtaufgabe in entsprechenden Kulturgesetzen? Ist die geltende Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen noch sachgerecht bzw. wie sollte sie verändert werden?



<b>Forum E:</b>	<b>Heimat • Zukunft • Stadt – auch eine Frage des Geldes!</b>
<b>Mittwoch, 31. Mai 2017</b>	<b>14:30 bis 15:30 Uhr</b>
<b>Veranstaltungsort:</b>	<b>Nürnberg Messe</b> (NCC Ost), Messezentrum 1, 90471 Nürnberg Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.
<b>Gesprächsrunde:</b>	<b>Dirk Hilbert</b> Oberbürgermeister der Stadt Dresden und Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages  <b>Peter Kaiser</b> Projektleiter Zukunftsatlas der Prognos AG  <b>Ingbert Liebing</b> Kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
<b>Moderator:</b>	<b>Dr. Jasper von Altenbockum</b> Frankfurter Allgemeine Zeitung
<b>Hauptgeschäftsstelle:</b>	<b>Verena Göppert</b> Beigeordnete des Deutschen Städtetages im Dezernat Finanzen und Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers  <b>Dr. Stefan Ronnecker</b> Referent des Deutschen Städtetages im Dezernat Finanzen



## Heimat • Zukunft • Stadt – auch eine Frage des Geldes!

Die Trends der Globalisierung und Digitalisierung sowie des klimatischen und demografischen Wandels prägen die Zukunft der Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig. Neue Entwicklungschancen ergeben sich, aber auch völlig neue Herausforderungen und Risiken. Wie zukunftsfähig sind die deutschen

Städte und welche Faktoren geben den Ausschlag? Wie sind die Chancen und Risiken unter den Städten verteilt? Welche Ansatzpunkte haben Bund, Länder und Kommunen, um Unterschiede abzubauen? Welche Förderstrategien und Instrumente sichern die finanzielle Handlungsfähigkeit und die Attraktivität unserer Städte?



**Dirk Hilbert**  
Oberbürgermeister der Stadt  
Dresden und Mitglied des  
Hauptausschusses des  
Deutschen Städtetages

„Die Leistungsfähigkeit des Staates erleben die Bürgerinnen und Bürger zuerst in ihrer Heimat - in Schulen, Kindertagesstätten, in Grünanlagen, den Sozialämtern oder der Bauverwaltung. In den Städten beginnt die Wahrnehmung, ob unsere demokratischen Institutionen im Sinne der Bürgerschaft ihre Aufgaben erfüllen. Schwache Kommunen müssen zwangsläufig das Bild eines schwachen Staates erzeugen. Aus diesem Grund müssen Bund und Länder ein großes Interesse daran haben, dass die Kommunen auch in Zukunft leistungsfähig sind. Dazu gehört es auch, nicht über Fördergelder die Städte in ein Korsett zu zwingen, sondern die Selbstverwaltung der Bürger zu stärken. Das ist Heimat- und Demokratieförderung.“

„Unsere Antwort auf Globalisierung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive. Städte sind Heimat. Unsere Städte stehen vor großen Herausforderungen. Der Bund unterstützt unsere Kommunen auf vielfältige Weise und ermöglicht damit, Investitionen auch finanziell abzusichern, obwohl eigentlich die Bundesländer für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind. Aber es ist nicht immer nur eine Frage des Geldes. Darum unterstützt der Bund die Kommunen auch mit Vereinfachungen im Bauplanungsrecht. Sie erhalten darüber größeren Freiraum und mehr Möglichkeiten, um die Zukunft unserer Städte als Heimat zu gestalten.“

**Ingbert Liebing**  
Kommunalpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag



**Peter Kaiser**  
Projektleiter Zukunftsatlas  
der Prognos AG

„Leipzig wächst schneller als München! Vollbeschäftigung in Ingolstadt! Arbeitslos in Bremerhaven? Die Voraussetzungen für die Zukunft sind so verschieden wie Nordsee und Alpen. Das zeigt auch der Zukunftsatlas. Anhand von 29 Indikatoren wertet er für jede Stadt ganz konkret aus, in welchen Bereichen es gut läuft und wo es hakt: Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, soziale Lage. Zwar gibt es keine Patentrezepte, aber für jede Herausforderung individuell zugeschnittene Handlungsansätze, mit denen Veränderungen gestaltet und der Wandel aktiv unterstützt werden können. Dafür braucht es neben Ressourcen vor allem Offenheit, Gestaltungswillen und Mut.“

### Forenpapier für Forum E

---

Die neue Intensität der Debatten um digitalisierte Geschäftsmodelle, Freihandelsabkommen und internationale Migrationsbewegungen in Deutschland, Europa und der Welt weisen deutlich auf einen tiefgreifenden Umbruch im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben hin. Am stärksten wahrgenommen werden diese Strukturumbrüche stets im eigenen persönlichen Lebensumfeld, also in unseren Städten.

Wir wollen uns daher einen Überblick verschaffen, welche neuen Entwicklungen die bestehenden Wirtschaftsstrukturen verändern werden. Welche Chancen und Risiken resultieren daraus für Städte und Kommunalhaushalte? Werden die bereits bestehenden regionalen Unterschiede durch diesen Umbruch noch weiter verschärft oder eher abgebaut? Lässt sich eine positive Entwicklung der Städte in diesem Prozess zielgerichtet beeinflussen? Was können Bund, Länder und Städte unternehmen, um Chancen und Risiken des Strukturwandels gerecht zu verteilen?

### Globalisierung und Digitalisierung als Treiber des Strukturwandels

---

Die bereits ausgeprägte globale Arbeitsteilung hat in Verbindung mit der sich nunmehr beschleunigenden Digitalisierung der Wirtschaft erhebliches Potenzial, die bislang vertraute Arbeitswelt tiefgreifend zu verändern. Digitalisierung ermöglicht in den kommenden Jahren größere Personaleinsparungen bei allen Beschäftigungsformen mit hohem Anteil an manuellen oder kognitiven Routinetätigkeiten. Originär betroffen sind damit neben der Fabrikation (Bedienung, Kontrolle und Ausrüstung von Maschinen) vor allem Verwaltungstätigkeiten (Kalkulation, Buchhaltung, Prüf- und Korrekturarbeiten). Berufsbilder, die heute im Schwerpunkt auf die Erledigung solcher Routinetätigkeiten ausgerichtet sind, haben ohne Weiterentwicklung keine guten Zukunftsaussichten. Zudem erleichtert die Digitalisierung bei eher analytisch geprägten Tätigkeiten (Forschung, Planung, Design, Regelinterpretationen und Evaluation) projektbezogene Formen der Arbeitsorganisation. Daher wird in diesen Bereichen die klassische Festanstellung unter Druck geraten. Zugleich können die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung noch intensiver genutzt werden.

Durch globale Arbeitsteilung, Digitalisierung und deren Zusammenspiel werden sich also vor allem Berufsbilder und Beschäftigungschancen von Arbeitnehmern mit mittleren Qualifikationen und Einkommen verändern. Die Veränderungen treffen im Kern die Mittelschicht: Ob Bank-, Versicherungs- oder Bürofachkraft, Verkaufspersonal, mathematisch-technische Assistenz oder Buchhalter, viele bisher als krisenfest geglaubte Berufsbilder

werden sich erheblich verändern. Das gilt sogar für einige hochqualifizierte Berufsgruppen wie Steuerberater oder Apotheker, wenn das Standardisierungspotenzial ebenfalls hoch ist. Neue Beschäftigungsstrukturen werden hier entstehen, die für die einzelnen Arbeitnehmer mit mehr Unsicherheiten und Brüchen im Erwerbsleben verbunden sein können.

Ob diese Veränderung in der Gesamtbilanz mit einem massiven Beschäftigungsabbau und zunehmender Lohnpolarisierung einhergeht oder letztlich doch eher neue Entwicklungs- und Aufstiegschancen für die Mehrzahl der Betroffenen mit sich bringt, wird auch ganz maßgeblich vom Tempo dieser Entwicklungen abhängen. Hierauf wiederum hat der Gesetzgeber im Wege seiner Regulierungspolitik etliche Einflussmöglichkeiten, wie etwa das prominente Beispiel des vorerst in Deutschland ausgebreiteten Fahrdienstes Uber zeigt. Darüber hinaus kann eine sich allmählich vollziehende Entlastung bisheriger Arbeitsplatzprofile um deren Routineelemente in vielen Fällen eine tätigkeitsbezogene Aufwertung der betroffenen Stellen ermöglichen. So haben etwa die bisherigen digitalisierungsbedingten Entlastungen von Routinetätigkeiten bei der Büroarbeit vielen Sekretariatskräften eine berufsbegleitende Entwicklung zu Leitungsassistenten ermöglicht. Zentrale Voraussetzung dafür war allerdings, dass Geschwindigkeit und Rahmenbedingungen der Transformation (z. B. im Bereich der Weiterbildung) entsprechende Anpassungen auch zugelassen haben.

### Strukturwandel birgt Potenzial für weiter zunehmende Disparitäten

---

Zumindest für Teilbereiche des Wirtschaftslebens bestehen jedoch erhebliche Zweifel, dass die Digitalisierung ein kontinuierlich verlaufender Prozess sein wird. Schon heute ist zu beobachten, dass die Digitalisierung ganze Branchen in kürzester Zeit völlig neu zu strukturieren vermag. So ersetzen Onlinebanking, Kreditfabriken und FinTech-Unternehmen immer mehr Kernbestandteile des klassischen Bankgeschäfts und Hotel- und Flugbuchungsportale das Geschäft der Pauschalreiseunternehmen. Digitale Geschäftsmodelle verbreiten sich dabei oft äußerst disruptiv: Junge Unternehmen mit völlig neuen Geschäftsmodellen übernehmen kurzerhand ganze Marktsegmente. Damit einher geht dann vielfach auch eine völlig andere qualifikatorische und räumliche Struktur der Beschäftigungsnachfrage. Wie die Erfahrungen mit den globalisierungsbedingten Umbrüchen vergangener Jahrzehnte zeigen, birgt dies zunächst vor allem für die monostrukturierten Wirtschaftsstandorte erhebliches zusätzliches Gefahrenpotenzial.

Des Weiteren könnten digitalisierungsgetriebene Konzentrationseffekte hinzutreten. Schon heute ist international zu beobachten, dass sich zentrale Teilbereiche der digitalen Wirtschaft an wenigen regionalen

Hotspots konzentrieren. Ursächlich dafür sind u. a. die für Unternehmensneugründungen erforderliche Nähe zu Finanzinvestoren, die Vorreiterrolle einzelner Industrie- und Dienstleistungszweige sowie Großunternehmen bei der Digitalisierung, das verfügbare Fachkräftepotenzial und die damit oftmals verbundene Nähe zu öffentlichen Hochschul- und Forschungsnetzwerken mit entsprechender Schwerpunktsetzung. In der Gesamtschau dieser begünstigenden Faktoren wird weiter deutlich, dass auch Clustereffekte eine Rolle spielen werden. Am Ende des Prozesses könnte eine insgesamt veränderte räumliche Wirtschaftsstruktur stehen, bei der sich große Teile der Wertschöpfung in der digitalen Wirtschaft auf wenige Zentren konzentrieren, während die digitale Peripherie verstärkt in die Rolle einer Werkbank mit geringer Wertschöpfungstiefe gedrängt wird.

In welchem Ausmaß ein solcher Konzentrationsprozess tatsächlich eintreten wird, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Zudem wird die Digitalisierung ein Motor für Produktivitätssteigerungen sein. Hohe Produktivität schafft wiederum hohe Einkommen und günstige Rahmenbedingungen für einen langfristigen Beschäftigungsaufbau. Daher kann es nicht das Ziel sein, den Digitalisierungsprozess auszubremsen. Vielmehr gilt es, alle damit verbundenen Chancen konsequent zu nutzen und – wo nötig – Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen.

### Verantwortung liegt bei Bund, Ländern und Kommunen

Die Städte sind gefordert, die neuen Herausforderungen anzunehmen. Die regionalen Stärken und Schwächen im Digitalisierungsprozess müssen kritisch analysiert und in die strategischen Entwicklungskonzepte der Städte integriert werden. Hierbei können die Städte auf die Erfahrungen mit vergangenen Strukturumbrüchen zurückgreifen. Bedeutsam sind allerdings nicht nur die Fragen der Standortattraktivität für Unternehmen und Fachkräfte, der Förderung einer regionalen Wirtschaftsbasis oder der Zukunft der Innenstädte im Zeitalter des Online-Handels. Auch die Gefahren für den sozialen Zusammenhalt in den Städten müssen ins Blickfeld genommen werden. Besondere Anstrengungen sind im Wohnungsbau, in der (Weiter-)Bildung und beim Erhalt lebendiger Städte als Orte für gesellschaftliche Teilhabe und öffentliches Leben von Nöten.

Die örtlichen Möglichkeiten zur Bewältigung wirtschaftlicher Strukturumbrüche sind naturgemäß begrenzt. Hier entstehen Unterstützungs- und Ausgleichspflichten für Bund und Länder, die fortlaufend näher zu konkretisieren sind. Dabei gilt es aus kommunaler Sicht zu verhindern, dass sich Bund und Länder gegenseitig die Verantwortung zuschieben, während betroffene Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürger mit ihren Problemen allein gelassen werden.

### Thesen für das Forum

- Das grundgesetzlich verankerte Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse muss weiterhin als ein zentraler politischer Handlungsauftrag verstanden werden. Städte sind mehr als Marktplätze und Produktionsstandorte in einer auf Mobilität ausgerichteten Weltwirtschaft. Aus dem Blickwinkel der Raumentwicklung muss das Ziel die Gewährleistung gleicher Chancen auf Teilhabe an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in allen Regionen sein. Doch schon heute sind die Disparitäten zwischen den Kommunen groß. Gerade auch bei den durchaus politisch gestaltbaren Unterschieden in der Finanzausstattung. Dennoch driften die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen unvermindert auseinander. Das gefährdet die Gestaltungskraft der Kommunalpolitik und hat gravierende Konsequenzen für die Stadtbewohner. Spürbar sind die Folgen am Arbeitsmarkt, bei den Bildungschancen sowie bei den kulturellen und sozialen Angeboten vor Ort. Chancengerechtigkeit darf aber nicht an die Bedingung permanent uneingeschränkter Mobilitätsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger gekoppelt sein.
- Zentrale Ansatzstellen für die Bewältigung bestehender Disparitäten und der neuen Strukturumbrüche bilden die Garantie einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung aller Städte und Gemeinden einschließlich der Lösung der Altschuldenproblematik, ein Abbau des kommunalen Investitionsrückstands sowie ein weiteres Engagement des Bundes bei der Entlastung von Sozialausgaben. Wichtige Aufgabe bleibt zudem die Förderung der Verkehrsinfrastruktur, von Bildungseinrichtungen und Betreuungsangeboten sowie die Bereitstellung ausreichend bezahlbaren Wohnraumes einschließlich der Förderung von Wohneigentum. Abgestimmt dazu bedarf es eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen.
- Städte schaffen Chancen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Räume für persönliches Engagement. Sie stiften Identität, bieten soziale Bezugspunkte und Orientierung. Der demokratische Staat wird vor Ort in besonderer Weise erfahrbar. Hierin liegt eine prägende, traditionelle Leistungsfähigkeit der Städte. In der politischen Diskussion um kommunale Finanzausstattung und Regionalförderung bleibt diese – Sicherheit, Halt und Orientierung vermittelnde – Funktionsebene der Städte aber vielfach unbeachtet. Die Debatte um die kommunale Finanzausstattung muss daher auch als Debatte um die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen durch Globalisierung, Digitalisierung und Migration geführt werden.

## Interfraktionelle Frauensitzung

## Gender Mainstreaming und Diversity im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik

**Mittwoch, 31. Mai 2017**

**11:30 bis 12:45 Uhr**

**Veranstaltungsort:**

**Nürnberg Messe** (NCC Ost),  
Messezentrum 1,  
90471 Nürnberg  
Saal Kiew Ebene 2

**Gesprächsrunde:**

**Ulrike Hauffe**

Landesbeauftragte für Frauen,  
Freie und Hansestadt Bremen,  
und Vorsitzende des Frauen- und  
Gleichstellungsausschusses  
des Deutschen Städtetages

**Sonja Leidemann**

Bürgermeisterin der Stadt Witten

**Prof. Dr. Barbara Thiessen**

Hochschule für angewandte Wissenschaften, Landshut

**Moderatorin:**

**Anne Chebu**

Fernsehmoderatorin

**Hauptgeschäftsstelle:**

**Klaus Hebborn**

Beigeordneter des Deutschen Städtetages  
im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

**Jutta Troost**

Referentin des Deutschen Städtetages  
im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

## Gender Mainstreaming und Diversity im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik

In vielen Städten werden vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Stadtgesellschaften Konzepte des Diversity Managements entwickelt und umgesetzt, die zahlreiche Schnittstellen zu Instrumenten der Frauenförderung und des Gender

Mainstreamings aufweisen. Die interfraktionale Frauensitzung thematisiert diese Diskussion und lotet Vernetzungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Instrumente aus. Grundlage ist ein vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages beschlossenes Positionspapier.



**Ulrike Hauffe**  
Landesbeauftragte für Frauen,  
Freie und Hansestadt Bremen,  
und Vorsitzende des Frauen- und  
Gleichstellungsausschusses  
des Deutschen Städtetages

„Diversity Management kann ein guter Ansatz zum Abbau und zur Vermeidung von Diskriminierung sein. Der Geschlechterdifferenzierung kommt bei der Beurteilung von Diskriminierung und auf deren Abbau gerichteten Maßnahmen aber eine besondere Bedeutung zu. Explizite Frauenförderung bleibt weiter notwendig, wenn strukturelle Diskriminierung stattfindet.“

„Als Bürgermeisterin liegt mir das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger am Herzen. Diskriminierungstatbestände zu bekämpfen oder zu verhindern bedarf im Sinne der gesamten Stadtgesellschaft einer guten Vernetzung aller relevanten Instrumente und Akteure auf der kommunalen Ebene.“



**Sonja Leidemann**  
Bürgermeisterin  
der Stadt Witten



**Prof. Dr. Barbara Thiessen**  
Hochschule für angewandte  
Wissenschaften, Landshut

„Kommunalpolitik steht vor der Herausforderung, für eine zunehmend heterogener werdende Bevölkerung attraktive Angebote bereitzuhalten und angemessene Konzepte für zukünftige Stadtentwicklung vorzulegen. Hierzu sind präzise Leitbilder und Richtlinien wesentlich. Aus der Perspektive der Geschlechterforschung kann die Reichweite der jeweiligen Konzepte kritisch eingeschätzt werden. Zudem öffnen theoretische Überlegungen zu „intersectionality“ neue Perspektiven der Verknüpfung von Geschlechtergerechtigkeit und Diversity.“

## Einführung

---

Gleichstellungspolitik ist als politikfeldübergreifende Querschnittsaufgabe auf der kommunalen Ebene seit den Achtzigerjahren fest verankert. Zahlreiche Maßnahmen und Programme zum Abbau bestehender Diskriminierungen, zur Stärkung von Frauenrechten, zur Verbesserung der rechtlichen Grundlagen für gleiche Chancen für Frauen und Männer am Arbeitsplatz und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind seitdem umgesetzt worden und haben zur Weiterentwicklung der Stadtgesellschaften maßgeblich beigetragen.

Zur weiteren Konkretisierung und Umsetzung der Gleichberechtigung auch in den Kommunen sind in allen Bundesländern Landesgleichstellungsgesetze (LGG) auf der Grundlage des Art. 3 Abs. 2, 3 GG in Kraft getreten. Diese sehen u. a. die Bestellung oder Benennung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten vor, deren Aufgabe die Förderung und Durchsetzung der Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern ist.

Zur Verbesserung der Chancengleichheit im gesamten öffentlichen Dienst der Länder, der Kommunen sowie für bestimmte juristische Personen des öffentlichen Rechts fasst das jeweilige Landesgleichstellungsrecht die grundlegenden Regelungen für eine aktive Förderung von Frauen zusammen und entwickelt sie weiter. Frauenförderpläne sind Zielvereinbarungen und damit Bestandteile der Personalplanung. Die Vorgaben für eine flexible Arbeitszeitgestaltung ermöglichen Frauen und Männern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Seit der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 in Peking hat sich Gender Mainstreaming als eine eigenständige Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern etabliert. Gender Mainstreaming ist eine sehr komplexe Gleichstellungsstrategie, wurde für Organisationen und Programme konzipiert und schreibt eine systematische Genderanalyse als Querschnittsaufgabe in allen politischen, ökonomischen und sozialen Bereichen vor.

Die Strategie basiert im Grundsatz auf der Annahme, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Bei jeglichen Aufgaben und Projekten ist es notwendig, die Perspektive der Geschlechter in alle Entscheidungsebenen einer Organisation einzubeziehen. Gender Mainstreaming ist demnach ein sogenanntes Querschnittsprinzip. Dies bedeutet, dass die Strategie in allen fachlichen Bereichen als Leitprinzip angewendet werden soll. Bei allen Entscheidungsprozessen muss die Gleichstellung der Geschlechter in den Blick genommen werden.

Auf kommunaler Ebene hat die Strategie des Gender Mainstreaming seit vielen Jahren Beachtung gefunden und wird in vielen Kommunen in unterschiedlichen Bereichen und mit verschiedenen Instrumenten angewandt.

## Diversity Management und kommunale Gleichstellungspolitik

---

Im aktuellen Diskurs spielt Diversity Management eine zunehmende Rolle. Diversity Management-Konzepte kommen aus der Wirtschaft: Ihr Leitgedanke ist die Wertschätzung der Vielfalt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dem wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens oder einer Institution dient. Ziel ist es, Personalprozesse und Personalpolitik so auszurichten, dass die Belegschaft die demografische und kulturelle Vielfalt widerspiegelt. Alle Mitarbeitenden sollen Wertschätzung erfahren und motiviert werden, ihr Potenzial zum Nutzen des Unternehmens oder der Institution einzubringen.

Diversity Management gewinnt in den vergangenen Jahren zunehmende Bedeutung auch im öffentlichen Bereich. Dabei werden Diversity Management-Konzepte im Verhältnis zu den bisherigen Instrumenten der Gleichstellungspolitik durchaus kontrovers diskutiert. Einerseits wird im Diversity Management die konsequente Erweiterung von Gender Mainstreaming gesehen. Andererseits wird die Gefahr negativer Folgen für die Frauen- und Gleichstellungspolitik thematisiert, insbesondere dann, wenn diese in einem Gesamtkonzept von Diversity aufginge und das „Geschlecht“ nur noch als eine unter mehreren Kategorien von Unterschiedlichkeit eingestuft würde. Letztlich besteht somit die Befürchtung, dass explizite Frauenförderung abgewertet werden könnte.

Der Geschlechterdifferenzierung kommt bei der Beurteilung von Diskriminierung und auf deren Abbau gerichtete Maßnahmen eine besondere Bedeutung zu. Die Besonderheit der Kategorie „Geschlecht“ zeichnet sich dadurch aus, dass sie als relevante Querschnittskategorie in allen Bereichen heranzuziehen ist. Sowohl für die Querschnittsbereiche als auch die Fachdezernate der kommunalen Verwaltungen ist es daher notwendig, die Geschlechterdifferenzierung bei der Wahrnehmung aller Aufgaben in den Blick zu nehmen.

Kommunale Gleichstellungspolitik mit ihren zentralen Instrumenten Frauenförderung und Gender Mainstreaming sowie darauf ausgerichtete Strategien zur Bekämpfung von strukturellen Benachteiligungen von Frauen bleiben daher auch weiterhin notwendig.

## Verknüpfung von kommunaler Gleichstellungspolitik und Diversity Management

Frauenförderung, Gender Mainstreaming und Diversity Management stellen grundsätzlich keine Gegensätze dar, denn sie haben maßgebliche Gemeinsamkeiten:

- Alle Instrumente benötigen eine differenzierte Wahrnehmung, aber Gender benennt das Geschlecht als Querschnittskategorie und differenziert erst dann nach ethnischer Zugehörigkeit, Herkunft, sexueller Orientierung, sozialer Lage oder Befähigung bzw. Behinderung;
- sie benennen soziale Strukturen, die Menschen prägen und
- sie können und sollen gegen Diskriminierung wirken.

In diesem Sinne sollten kommunale Gleichstellungspolitik und Diversity Management sinnvoll und zielführend miteinander verknüpft werden.

## Positionierung des Deutschen Städtetages

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat zu dem Thema in seiner 217. Sitzung im Dezember 2016 das Positionspapier „Gender Mainstreaming und Diversity Management im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik“ verabschiedet.



<http://www.staedtetag.de/publikationen/materialien/080476/index.html>

Das Positionspapier greift die aktuelle gleichstellungspolitische Diskussion auf, definiert die unterschiedlichen Begrifflichkeiten und ordnet sie in den Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik ein. Es will durch Differenzierung der einzelnen Instrumente dazu beitragen, dass im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik unter Anwendung aller Instrumente nachhaltige, zielgruppenorientierte und effiziente Entscheidungen und Maßnahmen in der Stadtpolitik getroffen werden können.

Nach einer kurzen Vorstellung des Positionspapiers soll zunächst auf dem Podium und sodann unter Einbeziehung des Plenums diskutiert werden, wie dies in der Praxis erfolgreich gelingen kann.

## Kernfragen für die Podiumsdiskussion

- Wie kann die Umsetzung der Ziele des Papiers unter Berücksichtigung des geschlechterdifferenzierten Blicks als Querschnittskategorie vor Ort in der Praxis gelingen?
- Welche personellen und organisatorischen Strukturen müssen vorhanden sein oder geschaffen werden, um eine Vernetzung der Instrumente in den vielfältigen, ausdifferenzierten Arbeitsbereichen der kommunalen Verwaltungen systematisch zu verankern?
- Gibt es bereits Lösungsansätze und Erfahrungen vor Ort?

